

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (15. Ausschuß)

**zu dem von den Abgeordneten Mick, Dr. Schneider und der Fraktion
der CDU/CSU eingebrachten Entwurf eines Gesetzes über die Belegung
der Sozialwohnungen**

— Drucksache 7/843 —

A. Problem

Das Problem der Fehlsubventionierung im sozialen Wohnungsbau bedarf einer dringenden Lösung. Über das tatsächliche Ausmaß der Fehlbelegung von Sozialwohnungen gibt es keine genauen statistischen Unterlagen; die Schätzungen gehen weit auseinander.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf will eine Feststellung herbeiführen, wieviel Sozialwohnungen zur Zeit fehl- und unterbelegt sind. Dabei soll sich die Erfassung sowohl auf die öffentlich geförderten Mietwohnungen wie auch auf die öffentlich geförderten Eigenheime, Kleinsiedlungen und Eigentumswohnungen erstrecken.

Der Ausschuß hat den Gesetzentwurf mit Mehrheit abgelehnt.

C. Alternative

Die Bundesregierung hat für Anfang des Jahres 1974 die Vorlage eines Gesetzentwurfs angekündigt, mit dem beginnend ab 1975 die Sozialwohnungen nach den einzelnen Jahrgangsgruppen erfaßt und die Inhaber im Falle einer Fehlbelegung jeweils mit Beginn des folgenden Jahres zu einer Ausgleichszahlung herangezogen werden sollen.

D. Kosten

Keine, da der Gesetzentwurf abgelehnt wird.

A. Bericht des Abgeordneten Polkehn

Der von der Fraktion der CDU/CSU am 19. Juni 1973 im Deutschen Bundestag eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Belegung der Sozialwohnungen — Drucksache 7/843 — wurde in erster Beratung in der 48. Sitzung am 13. September 1973 an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau federführend sowie an den Innenausschuß mitberatend und an den Haushaltsausschuß gemäß § 96 der Geschäftsordnung überwiesen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Gesetzentwurf bei seiner Beratung am 28. November 1973 gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt. Der Innenausschuß hat in seiner mitberatenden Stellungnahme vom 5. Dezember 1973 ebenfalls die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der Haushaltsausschuß wird seinen Bericht nach § 96 GO gesondert erstatten.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau war sich bei der Beratung des Gesetzentwurfs insgesamt einig, daß das Fehlsubventionierungsproblem im sozialen Wohnungsbau einer dringenden Lösung bedarf. Der vorliegende Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU über die Belegung der Sozialwohnungen sieht selbst noch keine materiell-rechtliche Regelungen zur Lösung des Fehlsubventionierungsproblems vor. Er zielt vielmehr auf eine statistische Erhebung ab, mit der das

tatsächliche Ausmaß der Fehlsubventionierung im sozialen Wohnungsbau, über das es keine genauen Unterlagen gibt, festgestellt werden soll.

Während die Minderheit bei den Beratungen im Ausschuß zunächst eine gründliche Analyse des tatsächlichen Ausmaßes der Fehlsubventionierung für dringend erforderlich hielt, um darauf aufbauend das Fehlsubventionierungsproblem selbst lösen zu können, vertrat die Ausschußmehrheit die Auffassung, die statistische Erfassung von rund 6 Millionen Sozialwohnungen verzögere die notwendige Lösung des Problems, die keinen Aufschub mehr dulde, mindestens um drei Jahre. Es sei zwar zu bedauern, daß es keine genauen Unterlagen über das tatsächliche Ausmaß des Fehlsubventionierungsproblems gebe. Aber auch unabhängig davon sei es unbestritten, daß jedenfalls das gegenwärtige Ausmaß der Fehlsubventionierung einer dringenden Lösung bedürfe.

Die Bundesregierung hat im Ausschuß für Anfang des Jahres 1974 die Vorlage eines Gesetzentwurfs im Deutschen Bundestag angekündigt, mit dem beginnend ab 1975 die einzelnen Jahrgangsgruppen der Sozialwohnungen erfaßt und die Inhaber im Falle einer Fehlsubventionierung jeweils mit Beginn des folgenden Jahres zu einer Ausgleichszahlung herangezogen werden sollen.

Bonn, den 11. Dezember 1973

Polkehn

Berichterstatte

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf — Drucksache 7/843 — abzulehnen.

Bonn, den 11. Dezember 1973

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Dr. Schneider	Polkehn
Vorsitzender	Berichterstatte